zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Schwarzenau

Ausgabe · Juli 2026 | 561262/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Unsere Feuerwehr verdient Respekt und Unterstützung!

Die Freiwillige Feuerwehr ist eine unverzichtbare Stütze unserer Gemeinde. Tag und Nacht stehen die Kameraden ehrenamtlich bereit, um Menschen in Not zu helfen.

Die FPÖ Schwarzenau bedankt sich bei allen Feuerwehrmitgliedern für ihren unermüdlichen Dienst zum Schutz unserer Bevölkerung. Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch die bestmögliche Unterstützung durch die Gemeinde. Eine starke Feuerwehr ist ein wesentlicher Garant für die Sicherheit und den Zusammenhalt in Schwarzenau.

Als Zeichen unserer Wertschätzung unterstützt die FPÖ Schwarzenau das diesjährige Volksfest der Freiwilligen Feuerwehr auch heuer wieder mit einer Spende für die Tombola. Wir wünschen dem Fest einen erfolgreichen Verlauf, viele Besucher und bedanken uns bei allen Helfern, die mit ihrem Einsatz zum Gelingen dieser wichtigen Veranstaltung beitragen.

Update WA08

Die W.E.B. hat sich nach eigener Aussage aus dem Projekt WA08 VORERST zurückgezogen. Als Grund wird die mangelnde Dialogbereitschaft der Bevölkerung angegeben. Momentan sieht man nicht den richtigen Zeitpunkt, um ein derartiges Projekt vorantreiben zu können. Man will in naher Zukunft das Windkraftprojekt weiterentwickeln und hofft dann auf breite Akzeptanz.

Das ist kurz zusammengefasst alles an Information, was die Bevölkerung bekommt. Für uns eindeutig zu wenig. Daher haben wir bei der letzten Gemeinderatssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der leider mehrheitlich abgelehnt wurde.

Wer sogar eine Information der Bevölkerung über eine wesentliche Änderung zur Windkraftzone WA08 verhindert, hat offenbar Angst vor einer offenen Diskussion. Transparenz scheint nur so lange erwünscht zu sein, wie keine kritischen Fragen gestellt werden. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was geplant ist. Nicht erst dann, wenn schon Tatsachen geschaffen wurden.

Zusammenfassung Gemeinderatssitzung

Zwei Dringlichkeitsanträge und zwei Anfragen - das war in der letzten Gemeinderatssitzung notwendig, weil die Gemeindeführung ihrer Informationspflicht offenbar nicht ausreichend nachkommt. In der Bevölkerung herrscht großer Unmut, und das völlig zu Recht.

Je mehr Fragen wir stellen, desto mehr drängt sich der Eindruck auf: Soll hier etwas vertuscht werden? Warum werden Informationen zurückgehalten? Warum ist Transparenz offenbar unerwünscht?

Für uns ist klar: Ein „Weiter wie bisher“ wird es mit uns nicht geben. Wir stehen kompromisslos an der Seite der Bevölkerung. Die Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was in ihrer Gemeinde geschieht und wie mit ihrem Steuergeld umgegangen wird. Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind keine freiwilligen Leistungen, sondern eine Selbstverständlichkeit. Besonders bedenklich ist, dass wir uns offenbar dafür rechtfertigen oder sogar verurteilen lassen sollen, weil wir unsere Aufgabe als Opposition ernst nehmen. Nicht wir sind das Problem. Das Problem ist eine Gemeindeführung, die ihre Arbeit offenbar nicht ordentlich erledigt und lieber Kritiker angreift, als Antworten zu liefern.

Wir werden uns davon nicht einschüchtern lassen. Wir werden weiterhin genau hinschauen, unbequeme Fragen stellen und Missstände aufdecken. Denn wir vertreten nicht die Interessen einer Partei oder einzelner Funktionäre, sondern jene der Bevölkerung. Wer nichts zu verbergen hat, muss Transparenz nicht fürchten.



Wichtige Informationen zur 2. Gemeinderatssitzung vom 29.06.2026

Wir haben zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht!

1. Antrag – „Analyse der aktuellen Personalsituation in der Gemeindeverwaltung sowie ein Konzept für eine umfangreiche Personalplanung unter Berücksichtigung sämtlicher verfügbarer Fördermöglichkeiten für die kommenden Jahre“

Die Arbeitsbelastung in der Gemeindeverwaltung und am Bauhof nimmt seit Jahren massiv zu. Immer mehr Bürokratie und zusätzliche Aufgaben müssen von derselben Anzahl an Mitarbeitern bewältigt werden. Das ist auf Dauer weder fair noch verantwortungsvoll.

Die Folgen sind längst sichtbar: Überstunden und offene Urlaubsstände steigen kontinuierlich an. Das belastet nicht nur die Bediensteten, sondern verursacht auch erhebliche Mehrkosten für die Gemeinde und damit letztlich auch für die Steuerzahler.

Anstatt diese Entwicklung weiter zu ignorieren, braucht es endlich Lösungen statt Ausreden. Genau deshalb haben wir den oben angeführten Antrag eingebracht. Unser Ziel ist es, die Mitarbeiter zu entlasten, die Arbeitsabläufe nachhaltig zu verbessern und unnötige Mehrkosten für die Gemeinde zu verhindern.

Der Antrag wurde mit 17 Stimmen ABGELEHNT! (2 FPÖ dafür)

2. Antrag – Windkraftprojekt in der Zone WA08

Wir haben gefordert:

1. Information des Gemeinderates (Ist-Stand, weitere Schritte, Information an die Bevölkerung)
2. Grundsatzbeschluss (Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Umsetzung des Windkraftprojektes aus)
3. Resolution an die NÖ Landesregierung (Streichung der Windkraftzone WA08 aus dem Sektoralen Raumordnungsprogramm)

Der Antrag wurde mit 15 Stimmen ABGELEHNT (2 FPÖ + Sonja Döller und Lukas Schwingenschlögl ÖVP dafür)

Die Ablehnung unseres Antrages ist ein Schlag ins Gesicht all jener Bürger, die sich bereits klar gegen das geplante Windkraftprojekt ausgesprochen haben. Anstatt Transparenz zu schaffen, die Bevölkerung umfassend zu informieren und ein eindeutiges Signal gegen die Windkraftzone WA08 zu setzen, haben die Mehrheitsfraktionen lieber weggesehen und geschwiegen. Wer heute gegen Information, gegen einen Grundsatzbeschluss und gegen eine Resolution an das Land stimmt, stellt sich gegen den Willen vieler Bürger und verweigert unserer Gemeinde eine klare Haltung. Offenbar fehlt der Mut, die Interessen der eigenen Bevölkerung gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Die FPÖ wird den Widerstand gegen dieses Windkraftprojekt konsequent fortsetzen und sich weiterhin mit Nachdruck für den Schutz unserer Heimat und die Interessen unserer Bürger einsetzen.

Kontakt FPÖ Schwarzenau – sprechen Sie uns an:



GR Sandra Mandl

0677 / 616 17 220

sandra-mandl@gmx.at



GR Harald Kretschmar

0699 / 102 28 657

harald.kretschmar@gmx.at

1. Nachtragsvoranschlag 2026



Wir haben NICHT zugestimmt.
Seit Längerem ist bekannt, dass die Ausgaben der Gemeinden stetig steigen, während die Einnahmen zurückgehen. Gerade deshalb wäre ein besonders verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld notwendig.

Stattdessen wird aus unserer Sicht weiterhin Geld ausgegeben, als gäbe es keine finanziellen Grenzen. Diesen Kurs können wir nicht mittragen.

Der Schuldenstand stieg innerhalb von 2 Jahren um € 3,5 Mio. an – derzeit € 9.139.700.

Stellt man dem gegenüber das Nettovermögen von € 8.488.040 per 31.12.2025 (also das, was die Gemeinde wert ist), so ergibt sich eine drohende Überschuldung von rund € 652.000, Tendenz steigend.

Darlehensaufnahme - Umbau Zahnarzthaus

Für diesen Umbau wurden bei der letzten Gemeinderatssitzung im März folgende Auftragsvergaben beschlossen:

Fassade-Renovierungs-Anstrich an
Fa. Dienstl: € 10.066,56

Sanierung Hauptdach an
Fa. Eschlmüller: € 1.438,80

Garagendach Neudeckung an
Fa. Eschlmüller: € 7.668,30

Eingangsverbau an
Fa. Hartl: € 35.328,53

Alu-Lamellenzaun an
Fa. Lagerhaus: € 3.820,25

Auftragsvergabe: € 58.322,44

Es wurden Gesamtkosten von € 80.000 für den Umbau beschlossen, davon gab es Angebote in Höhe von rund € 58.000, bleiben somit rund <u>€ 22.000 noch verfügbar</u>. Nun wird aber ein **Darlehen** aufgenommen in Höhe von **€ 100.000**. Wir haben nachgefragt, wozu man noch zusätzlich € 20.000 benötigt, bzw. wo die dazugehörenden Angebote sind. Antwort darauf: ein Mitarbeiter vom Bauhof sei krank, deswegen müsse man Bauarbeiten extern vergeben. Angebote gibt es nicht.



Gebarungsprüfung - Unstimmigkeiten

Bei der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2025 vom 04.03.2026 gab es Unstimmigkeiten.

Unter anderem wurde auf ein Konto hingewiesen, welches einen Saldo von über € 20.000 aufwies. Man konnte uns bislang nicht plausibel erklären, woraus sich die Summe zusammensetzt bzw. war es auch nicht möglich, in der EDV, Einsicht zu nehmen und ein Kontoblatt auszudrucken. Zur Sicherstellung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit hat die FPÖ eine **Anfrage gemäß § 22 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung** gestellt, mit dem Ersuchen bis spätestens zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Kontoausdruck von den Jahren 2020 bis 2025 mit allen Buchungen vorzulegen. ***Auch bei der zweiten Prüfung des Prüfungsausschusses vom 26.05.2026 gab es Unstimmigkeiten.***

Bei der Durchsicht der Stundenaufzeichnungen von Gemeindebediensteten gab es ungewöhnlich hohe Stände an Überstunden (905 Stunden/Mitarbeiter) und Urlauben (957 Stunden/Mitarbeiter). Dies war auch ein wesentlicher Grund für den oben erwähnten Dringlichkeitsantrag.

Es muss gewährleistet sein, dass die Mitarbeiter ihre gesetzlichen Ruhezeiten einhalten können und die Gemeinde keine künftigen Kosten für nicht verbrauchten Zeitausgleich und Urlaub aufbaut. Daher hat die **FPÖ auch hier eine Anfrage eingebracht** mit dem Ersuchen um Beantwortung aller relevanten Fragen zu diesem Thema sowie um Vorlage der wesentlichen Unterlagen, die zur Beurteilung des Sachverhaltes erforderlich sind (Höhe der offenen Urlaubsansprüche, Mehrstunden, Überstunden, Zeitausgleichsguthaben, etc. sowie die Aufzeichnungen dazu, ob Rückstellungen gebildet wurden und ob die Mitarbeiter schriftlich dazu aufgefordert wurden, ihren Urlaub zu konsumieren).



Personalsituation in der Gemeinde

Die Situation in unseren Gemeinden spitzt sich immer weiter zu. Die Mitarbeiter leisten Tag für Tag Außergewöhnliches, um den Betrieb trotz ständig steigender Anforderungen aufrechtzuerhalten. Dafür verdienen sie unseren größten Respekt und unsere Anerkennung. Die Ursachen dieser Entwicklung sind hausgemacht. Über Jahre wurde ein System geschaffen, das immer mehr Bürokratie produziert, die Gemeinden finanziell ausblutet und die Beschäftigten an ihre Belastungsgrenzen bringt.

Es kann und darf nicht sein, dass:

- Urlaube nicht konsumiert werden können und Überstunden zum Dauerzustand geworden sind,
- Sonn- und Feiertagsarbeit nicht ordnungsgemäß abgegolten werden,
- keine ausreichenden finanziellen Rücklagen für Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern gebildet werden
- und jene, die auf diese Missstände hinweisen, von der Gemeindeführung ins Lächerliche gezogen werden.

Hier geht es nicht um parteipolitische Spielchen, sondern um Menschen, die ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, weil gesetzliche Ruhezeiten nicht eingehalten werden können. Wer täglich für die Bürger arbeitet, hat Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen.

Die FPÖ steht klar an der Seite der Gemeindebediensteten. Missstände müssen aufgezeigt, Probleme ehrlich angesprochen und Lösungen endlich umgesetzt werden. Wegschauen ist keine Option. Fairness, Transparenz und Verantwortung müssen wieder oberste Priorität haben.





Finanzielle Situation in der Gemeinde

Kurzfassung: Die Schulden steigen, die Vermögenswerte sinken.

Die Realität ist eindeutig: Die finanzielle Lage der Gemeinde Schwarzenau verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Trotzdem macht die Gemeindeführung weiter wie bisher und verschließt die Augen vor den Fakten.

Die Zeit des „Koste es, was es wolle“ ist vorbei. Der Bund ist hoch verschuldet, die Länder stehen unter enormem Druck und viele Gemeinden kämpfen bereits ums finanzielle Überleben. Gerade jetzt braucht es Hausverstand, Sparsamkeit und Verantwortung statt Prestigeprojekte und Schönfärberei.

Wir haben bereits in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen, dass die Schere zwischen Schuldenstand und Vermögenswerten immer weiter auseinandergeht. Die Gefahr einer finanziellen Schieflage und einer drohenden Überschuldung ist real.

Doch wie reagiert die Gemeindeführung? Projektkosten werden kurzerhand um 25 Prozent erhöht, obwohl keine entsprechenden Angebote vorliegen. Neue Investitionen werden beschlossen, ohne zu prüfen, ob sich die Gemeinde diese überhaupt noch leisten kann. Offenbar zählt der schöne Schein mehr als eine solide Finanzpolitik. Wer diese Missstände anspricht, wird als „Bremser“ bezeichnet. Wir sehen das anders: Wer rechtzeitig auf Probleme hinweist und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld einfordert, handelt im Interesse der Bürger und nicht gegen die Entwicklung der Gemeinde. Für die FPÖ ist klar: In Zeiten knapper Kassen dürfen nur mehr jene Projekte umgesetzt werden, die wirklich notwendig und finanzierbar sind. Ein Bürgermeister muss auch den Mut haben, Vorhaben zu verschieben oder abzusagen, wenn die finanzielle Situation es verlangt.

Wir stehen für eine Politik mit Hausverstand. Jeder Euro an Steuergeld muss sorgsam eingesetzt werden. Die Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was mit ihrem Geld geschieht und welche finanziellen Verpflichtungen die Gemeinde für die Zukunft eingeht.

Schulden auf Pump, Prestige statt Prioritäten und das Ignorieren der Realität dürfen nicht zum Markenzeichen der Gemeindepolitik werden. Es braucht endlich Ehrlichkeit, Transparenz und finanzielle Verantwortung, bevor es zu spät ist.

Energiepolitik im Waldviertel:

Viel Ökostrom – aber das System gerät ins Wanken

Das Waldviertel und ganz Niederösterreich gelten als Vorzeigeregionen der Energiewende. Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik liefern bereits heute einen Großteil des Stroms. Doch gerade hier zeigt sich besonders deutlich, wo die Energiepolitik der letzten Jahre – geprägt durch die letzten Regierungen samt Klimahysterie – an ihre Grenzen stößt.

Der Ausbau erneuerbarer Energie erfolgte rasant. Niederösterreich produziert einen erheblichen Anteil des österreichischen Solarstroms, zehntausende PV-Anlagen speisen in das Netz ein. Möglich gemacht wurde das durch massive Förderungen im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. Gleichzeitig wurden funktionierende Heizsysteme im Zuge des Heizkesseltauschs mit Förderquoten von bis zu 75 % – in manchen Fällen sogar 100 % – ersetzt. Parallel dazu wurde die Einspeisung von überschüssigem Strom für private Haushalte finanziell attraktiv gemacht.

Doch genau hier beginnt das Problem: Produktion wurde gefördert, das System dahinter nicht. Speicherlösungen wurden lange vernachlässigt, der Netzausbau blieb zurück. Heute sprechen Experten offen von Engpässen – Anlagen warten auf Anschluss, Einspeisung wird teilweise eingeschränkt, weil „zu viel Strom im Netz“ ist.

Die Folge ist ein energiepolitisches Paradoxon: Zuerst wurde das Einspeisen gefördert, jetzt wird es begrenzt. Gleichzeitig sollen Verbraucher über variable Tarife ihren Stromverbrauch in die Mittagsstunden verlagern – zwischen 10-16 Uhr. In der Realität stehen viele Elektroautos zu dieser Zeit jedoch nicht zuhause, sondern am Arbeitsplatz. Gleichzeitig treten bereits negative Strompreise auf – ein klares Zeichen für ein aus dem Gleichgewicht geratenes System.

Auch beim Ausbau der Windkraft wächst der Druck. Länder und Gemeinden werden zunehmend zu raschem Handeln gedrängt. Für viele Regionen – auch im Waldviertel – bedeutet das weniger Mitsprache vor Ort und mehr Vorgaben von oben.

Nun versucht die Politik gegenzusteuern: Speicherförderungen werden ausgeweitet, teils auch für größere Kapazitäten bis etwa 30 kWh. Teilweise werden sogar eigenständige Speicherlösungen diskutiert. Doch aus Sicht der Freiheitlichen sind das nachträgliche Reparaturmaßnahmen statt strategischer Planung.



NAbg. StR Alois Kainz
Bezirksparteiobmann

Das zentrale Versäumnis bleibt: Der Netzausbau wurde nicht rechtzeitig mitgedacht. Ohne leistungsfähige Infrastruktur kann der produzierte Strom weder gespeichert noch dorthin transportiert werden, wo er gebraucht wird. Das gilt nicht nur fürs Waldviertel, sondern fürs gesamte Bundesgebiet.

Das Waldviertel zeigt exemplarisch, was passiert, wenn Energiepolitik einseitig auf schnellen Ausbau setzt. Es entsteht ein Überangebot an Strom, das mangels Netzinfrastruktur nicht sinnvoll genutzt werden kann. Für die FPÖ ist klar: Nicht der Ausbau erneuerbarer Energie ist das Problem – sondern eine Politik, die ideologisch vorgeht und zentrale Faktoren wie Netze, Speicher und regionale Realität zu spät berücksichtigt.

NAbg. StR Alois Kainz